

Hintergrundinformation zum Mythos der Kostenexplosion bei Hartz IV

(30.05.2006, Büro Katja Kipping, MdB)

Ausgaben für Arbeitslosigkeit sind insgesamt nicht gestiegen, sondern gefallen

Im April 2006 wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und vom Bund (für SGB III und SGB II) zusammen insgesamt 4,582 Mrd. Euro ausgegeben und damit etwa 199 Mio. Euro weniger als im April 2005 (4,781 Mrd. Euro). Nach einer Prognose von Paul Schröder vom Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe werden Bundesagentur, Bund und Kommunen im Jahr 2006 voraussichtlich 0,8 Mrd. Euro weniger für Arbeitslosigkeit ausgeben als geplant und dies, obwohl die Kosten für den Bund voraussichtlich um ca. 2 Mrd. Euro und die der Kommunen um 1,2 Mrd. Euro steigen.

Kosten für ALG I gehen deutlich zurück

Dies liegt daran, dass die Kosten des beitragsfinanzierten Arbeitslosengeldes deutlich zurückgehen. Im Durchschnitt der letzten sechs Monate (November 2005 bis April 2006) wurden monatlich 2,208 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld I ausgegeben. Dies waren 270 Mio. Euro pro Monat oder 10,9% weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (November 2004 bis April 2005). Aufgrund der deutlich sinkenden Ausgaben beim beitragsfinanzierten Arbeitslosengeld I, den Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sowie des Aussteuerungsbetrags wird die BA in diesem Jahr voraussichtlich einen Überschuss von mindestens 4 Mrd. Euro realisieren. Dem Anstieg der Kosten für das Arbeitslosengeld II steht also eine Kostenimplosion beim beitragsfinanzierten Arbeitslosengeld I gegenüber. Damit wäre eine Beitragssatzsenkung um einen Prozentpunkt auch ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer möglich.

Mythos Kostenexplosion bei Hartz IV

Die kolportierte Kostenexplosion bei Hartz IV ist ein Mythos. Zum einen waren die Annahmen der alten Bundesregierung über die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Einsparpotenziale durch Hartz IV von vornherein unrealistisch. Obwohl sie 2004 rund 18 Mrd. Euro für die Arbeitslosenhilfe ausgegeben hatte, plante sie für das Arbeitslosengeld II nur 14 Mrd. Euro ein. Insgesamt sollte die zusammengelegte Arbeitslosen- und Sozialhilfe 26 Mrd. Euro kosten, obwohl 2004 für Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen 27,6 Mrd. € ausgegeben worden waren. Zum anderen waren bereits unter der alten Arbeitslosenhilfe die Bezieherzahlen ständig (von 1,707 Mio. im August 2002 auf 2,261 Mio. im Dezember 2004)

gestiegen und die Kosten um zwei Mrd. Euro pro Jahr gewachsen. 2005 wäre die Zahl der Arbeitslosenhilfebezieher voraussichtlich auf 2,5 Mio. angestiegen. Der Anstieg der Kosten für Hartz IV reflektiert also vor allem das Steigen der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland. Schließlich wäre es aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit auch unter dem alten System zu deutlichen Kostensteigerungen gekommen. Nach Aussagen des Ministeriums (Ausschussdrucksache 16(11)197) wären die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld für Erwerbsfähige von 38,6 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf 43,5 Mrd. Euro im Jahr 2005 gestiegen. Die Gesamtausgaben für das neue System betragen im Jahr 2005 mit 44,4 Mrd. Euro nur knapp 0,9 Mrd. Euro mehr und dass obwohl unter dem neuen System 4,2 Mrd. Euro für Rentenbeiträge von Langzeitarbeitslosen aufgebracht werden, während es unter dem alten System nur 2,8 Mrd. Euro waren. Dass die veranschlagten Ausgaben für Grundsicherung für Arbeitssuchende 2006 mit 47,8 Mio. Euro noch einmal deutlich höher liegen als 2005, liegt nach Aussagen des Ministeriums vor allem daran, dass ca. 3,6 Mrd. Euro mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen als im letzten Jahr, vor allem weil Mittel aufgrund von Anlaufschwierigkeiten bisher nicht ausgeschöpft wurden.